

VERSICHERUNGSRECHT

Aktuelles aus dem Versicherungsrecht von A bis Z

┃ Jeden Monat entscheiden deutsche Gerichte Hunderte von Streitigkeiten zwischen Versicherern und Versicherungsnehmern (VN). Auch in diesem Monat liefern wir Ihnen die Quintessenz der wichtigsten Urteile und Beschlüsse von A bis Z – sortiert nach Personen- und Sachversicherung. ┃

■ Personenversicherung

Krankenversicherung	
Nimmt der VN an einer beruflichen Wiedereingliederungsmaßnahme teil, besteht kein Anspruch auf Krankentagegeld aus einer privaten Krankentagegeldversicherung, da es sich um die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit handelt.	OLG Köln, Urteil vom 10.1.2014, Az. 20 U 119/13; Abruf-Nr. 141753
Unfallversicherung	
Nach AUB 2005 rechtfertigt eine vorbestehende Spinalkanalstenose, die an der Ausprägung des Gesundheitsschadens nach einem Sturz auf den Rücken erheblich mitgewirkt hat, eine Minderung der Invaliditätsleistung. Dies gilt auch dann, wenn sie zuvor keine Beschwerden bereitet hat.	OLG Schleswig, Urteil vom 6.3.2014, Az. 16 U 95/13; Abruf-Nr. 142120
Verlangt der VN die Neubemessung der Höhe der Invalidität und ergibt sich daraus eine geringere Entschädigung, ist der Differenzbetrag zurückzuzahlen.	LG Bonn, Urteil vom 4.9.2013, Az. 5 S 52/13; Abruf-Nr. 141246

Minderung der Invaliditätsleistung nach AUB 2005

■ Sachversicherung

Betriebshaftpflichtversicherung	
Wirksam ist die Klausel in der Betriebshaftpflichtversicherung, wonach im Baunebengewerbe Mängelbeseitigungsnebenkosten nur versichert sind, soweit durch die mangelhafte Leistung ein weiterer Sachschaden entstanden ist.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 31.10.2013, Az. 9 U 84/12; Abruf-Nr. 140511
Hausratversicherung	
Der Versicherer kann auch ohne Nachweis des Diebstahls der gemeldeten Wertsachen für die Reparaturkosten von einbruchbedingten Gebäudeschäden einstandspflichtig sein.	OLG Naumburg, Urteil vom 24.1.2013, Az. 4 U 99/11; Abruf-Nr. 133555
Kfz-Versicherung	
Wird die Frage nach Personenschäden als auch den näheren Umständen des Schadenshergangs derartig falsch beantwortet, dass die Sachaufklärung, insbesondere hinsichtlich der Fahrtüchtigkeit des Fahrzeugführers, erheblich erschwert wurde, ist der Versicherer wegen arglistiger Verletzung der Aufklärungsobliegenheit frei.	OLG München, Urteil vom 25.4.2014, Az. 10 U 3357/13; Abruf-Nr. 142121
Verschweigt der VN nach dem Diebstahl seines Fahrzeugs beim Ausfüllen des Fragebogens Vorschäden des Fahrzeugs, täuscht er bewusst arglistig, und der Versicherer wird leistungsfrei.	LG Bonn, Urteil vom 12.11.2013, Az. 10 O 151/13; Abruf-Nr. 142122

Erschweren der Sachaufklärung ist Arglist des VN

Fehlender Versicherungsschutz in der Luftfahrt-Haftpflichtversicherung

Das Abbrechen einer Parabolantenne an einem Wohnmobil während der Fahrt auf einem Eisenbahnanhänger ist jedenfalls dann kein versicherter Unfall, wenn es allein darauf zurückzuführen ist, dass die Antenne sich während des normalen Fahrbetriebs durch die damit verbundenen physikalischen Einwirkungen auf das Fahrzeug, unter anderen durch den Fahrtwind, gelöst hat.	AG Köln, Urteil vom 18.12.2013, Az. 118 C 282/13; Abruf-Nr. 141124
--	--

Luftfahrt-Haftpflichtversicherung

Eine Regelung, nach der kein Versicherungsschutz besteht, wenn der Führer des Luftfahrzeugs bei Eintritt des Ereignisses nicht die vorgeschriebenen Erlaubnisse, erforderlichen Berechtigungen oder Befähigungsnachweise hatte, ist nicht als objektiver Risikoausschluss, sondern als verhüllte Obliegenheit zu qualifizieren.	BGH, Urteil vom 14.5.2014, Az. IV ZR 288/12; Abruf-Nr. 141873
---	---

Rechtsschutzversicherung

Das den Eintritt des Rechtsschutzfalles bestimmende schädigende Verhalten muss beim Schadensersatzrechtsschutz ebenso wie beim verstoßabhängigen Rechtsschutz nach dem Tatsachenvortrag des VN ihm gegenüber begangen sein. Ohne diesen Bezug fehlt es an der Eignung, einen Versicherungsfall auszulösen.	BGH, Urteil vom 30.4.2014, Az. IV ZR 47/13; Abruf-Nr. 141625
--	--

Der Leistungsausschluss nach § 4 d) ARB-RU 2000, wonach Rechtsschutz nicht besteht für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus von VN in eigenem Namen geltend gemachten Ansprüchen anderer Personen, greift nicht, wenn der VN originär eigene Ansprüche verfolgen will, die er lediglich zur Sicherheit an einen Dritten übertragen hat.	BGH, Urteil vom 2.4.2014, Az. IV ZR 124/13; Abruf-Nr. 141462
---	--

Einwand der Vorvertraglichkeit

Hat die Versicherung für die erste Instanz eine Deckungszusage erteilt, ohne sich auf die Vorvertraglichkeit zu berufen, so kann sie damit einen Vertrauenstatbestand geschaffen haben. Die Deckungszusage der Rechtsschutzversicherung ist ein deklaratorisches Schuldanerkenntnis, durch welche ein Vertrauenstatbestand geschaffen wird.	AG Köln, Urteil vom 17.3.2014, Az. 142 C 118/13; Abruf-Nr. 142125
---	---

Reiserücktrittsversicherung

Für den Eintritt des Versicherungsfalls einer unerwarteten schweren Erkrankung muss eine konkrete Diagnose noch nicht zwingend vorliegen.	AG Kusel, Urteil vom 20.11.2013, Az. 2 C 335/13; Abruf-Nr. 142127
---	---

Erkrankung nach Online-Check-In

Der Versicherungsschutz endet nicht beim Online Check-In, weil damit die Reise noch nicht angetreten ist.	AG München, Urteil vom 30.10.2013, Az. 171 c 18960/13; Abruf-Nr. 141784
---	---

Wohngebäudeversicherung

Ein Versicherungsfall in der Wohngebäudeversicherung ist nicht gegeben, wenn nicht ein Sturm die zeitlich letzte Ursache gewesen ist, sondern Frost war, wodurch es zu Abplatzungen am Verblendmauerwerk an der Fassade des Wohngebäudes gekommen ist.	LG Flensburg, Urteil vom 14.3.2014, Az. 4 O 124/12; Abruf-Nr. 141902
--	--

DOWNLOAD
Urteile im Volltext
auf www.iww.de



WEITERFÜHRENDER HINWEIS

- Wer nach diesem ersten Überblick tiefer einsteigen möchte, findet alle Urteile im Volltext auf www.iww.de. Geben Sie dazu in den Suchschlitz (oben rechts auf der Website) die genannte sechsstelligen Abruf-Nr. ein.